



# **Antrag**

# auf Gewährung von Zuwendungen an Klein- und Kleinstunternehmen

im Rahmen des Förderprogramms "Nachhaltige Integrierte Stadtentwicklung EFRE 2021 bis 2027" und auf Grundlage der Richtlinie Nachhaltige Integrierte Stadtentwicklung (vom 17. 01.2023) Ziffer II. Nr. 3 Buchstabe b sowie der Förderrichtlinie der Stadt Limbach-Oberfrohna (vom 13.02.2024)

#### 1. Allgemeines

#### 1.1 An

Stadtverwaltung Limbach-Oberfrohna Stabsstelle E-Government & Wirtschaftsförderung Rathausplatz 1 09212 Limbach-Oberfrohna

Nicht vom Antragsteller auszufüllen
Eingangsstempel
Datum des Eingangs
Datuma dan Bassillias ma
Datum der Bewilligung
Antrags-Nr.

Ich/wir beantrage(n)

eine Finanzierungshilfe für die gewerbliche Wirtschaft im Rahmen des EFRE-Programmes "Nachhaltige Integrierte Stadtentwicklung EFRE 2021 bis 2027" in dem EFRE-Fördergebiet der Stadt Limbach-Oberfrohna.

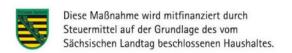
### 1.2 Antragsteller

Firma		Straße/Hausnummer
Postleitzahl/Ort/Kreis	Gemeindekennziffer 14524180	Bundesland Sachsen
Telefon	Name des Bearbeiters	
Fax	Emailadresse	

#### 1.3 Rechtsform

Rechtsform und steuer- bzw. gesellschaftsrechtliche Verhältnisse (falls notwendig, bitte erläutern)	Zuständiges Finanzamt
	Postleitzahl/Ort
	Steuer-Nr.







1.5

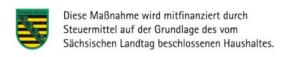
1.6



1.4 Zuletzt wurden für die unter Punkt 2.1 angegebene(n) Betriebsstätte(n) öffentliche Finanzierungshilfen (von Europäischen Union, Bundesrepublik Deutschland oder Freistaat Sachsen) bewilligt bzw. beantragt:

Investitionszeitraum	Datum des Antrags sowie Aktenzeichen und Datum des Bewilligungs-be- scheids	Frühere Anträge werden von der Bewilligungsbe- hörde zur Erfolgskontrolle und zur Entscheidung über den vorliegenden Antrag herangezogen.
Beginn		
Monat Jahr		
Beendigung		
Monat Jahr		
Gehört die Betriebsstä oder mehrerer anderer nein	r Unternehmen steht?	, das zu mehr als 25 % im Besitz eines anderen bitte die einzelnen Beteiligungsverhältnisse an (ggf. Anlage):
Zutreffendes bitte ankreuzen ⊠		
Anzahl der beschäftigten	Arbeitskräfte im Unternehmer	n/Jahresumsatz
< 50	) ≥ 50	
Jahresumsatz über 10 Mi	0. €	
nein C	) ja	
Jahresbilanzsumme über	r 10 Mio. €	
nein	) ja	
Besteht die Berechtigung	g zum Vorsteuerabzug?	
ja C		n ist die Bestätigung des Finanzamtes vorzulegen
Nicht vom Antragste. KU i. S. d. Gemeinschaftsrah	ller auszufüllen mens für staatliche Beihilfen an Klein	- und Kleinstunternehmen
(VO (EG) Nr. 361/2003 der K	ommission vom 20.05.2003)	
)ja	nein	









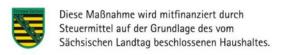
## Angaben zum Investitionsvorhaben

24	1	4
<b>Z</b> .1	Investitionsort	I

Postleitzahl	Ort				
Straße und Hausnum	ımer				
Befinden sich weitere nein	e Betriebsst ∫ja ≻	_		Betriebsstätte(n) a	n:

2.2 Beschreibung und Begründung des unter Punkt 2 bezeichneten Vorhabens Die vorgesehenen Investitionen sowie die Zukunftsaussichten der Betriebsstätte (z. B. die Absatzperspektive) sind darzustellen. Dabei ist auch auf die rechtliche und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens (z. B. Umsatz, Beteiligungen, Historie, Kapazitätsauslastung, Notwendigkeit und Ziel der Investitionen, Bezug von Rohstoffen und Vorprodukten) einzugehen (ggf. als Anlage beifügen).



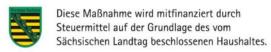






itte nähere Angaben: z. B. prozenti
itte nähere Angaben: z.B. prozenti
itte nähere Angaben: z.B. prozenti
itte nähere Angaben: z. B. prozenti
ite nähere Angaben: z. B. prozenti
ale Absatz zu bewerten ist. Sie sind







# 3. Angaben zu den Dauerarbeitsplätzen

#### 3.1 Anzahl der vorhandenen Dauerarbeitsplätze zu Investitionsbeginn

(Als Arbeitsplatz gelten sozialversicherungspflichtige Anstellungsverhältnisse mit mindestens 20 Wochenstunden)

Frauen	Männer	Behinderte	innovative Apl.	Ausbildplätze	Summe
1	2	3	4	5	1 + 2 + 3 + 4 + 5

#### 3.2 Zahl der Arbeitsplätze nach Abschluss der Investition

("Dauerarbeitsplätze" müssen nicht nur physisch geschaffen, sondern auch tatsächlich für mehr als 2 Jahre besetzt werden)

Anzahl der geplanten zusätzlichen Dauerarbeitsplätze nach Abschluss der unter Punkt 4 genannten Investitionen

Frauen	Männer	Behinderte	innovative Apl.	Ausbildplätze	Summe
1	2	3	4	5	1 + 2 + 3 + 4 + 5

Anzahl der geplanten **gesicherten Dauerarbeitsplätze** <u>nach</u> Abschluss der unter Punkt 4 genannten Investitionen (Addition der Arbeitsplätze nach Punkt 3.1 und 3.2)

Frauen	Männer	Behinderte	innovative Apl.	Ausbildplätze	Summe
1	2	3		5	1 + 2 + 3 + 4 + 5
					0

## 4. Investitionskosten<sup>1</sup> (gem. Kosten- und Finanzierungsplan)

4.1	Anschaffungs-/Herstellungskosten der zum Investitionsvorhaben zählenden Wirtschaftsgüter des Sachanlagevermögens	
4.2	Anschaffungskosten immaterieller Wirtschaftsgüter	
4.3	Anschaffungskosten gebrauchter Wirtschaftsgüter (Hierzu werden entsprechende Nachweise zur Finanzierung und dem Wert)	
<u> </u>	Gesamt in € (Summe 4.1 – 4.3) <sup>1</sup>	

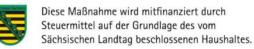
# 5. Zeitliche Durchführung der Investition

<u>Maßnahmenbeginn</u>	Tag	Monat	Jahr

<u>Maßnahmenende</u>	Tag	Monat	Jahr

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Wenn kein Vorsteuerabzug (siehe Punkt 1.5), dann Bruttobetrag









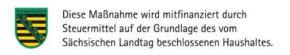
### Falls Investitionen in mehreren Jahren durchgeführt werden sollen (max. 36 Kalendermonate, aber höchstens bis zum 31.05.2027)

Aufstellung der Investitionskosten						
Jahr Betrag (€)						

## 7. Finanzierung

Eigenmittel (€)	
Fremdmittel (Kredite) (€)	
mögliche Finanzierungshilfen (EFRE KU-Förderung) (€)	
Gesamtfinanzierung (€) (Mit Nachweis der Gesamtfinanzierung des Vorhabens durch Bestätigung der Hausbank)	

Hinweis: Die Summe der Gesamtfinanzierung muss der Summe der Gesamtinvestitionen entsprechen.







#### Erklärungen

- 8.1 Ich/wir erkläre(n), mit dem Investitionsvorhaben nicht vor Erteilung des Zuwendungsbescheids oder vor Abschluss des Zuwendungsvertrages oder vor Erteilung einer Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmenbeginn auf Grundlage des eingereichten Förderantrages mit baulichen Maßnahmen begonnen zu haben. Leistungen und Ausgaben für den Grunderwerb, Planung, Baugrunduntersuchung und Herrichten des Grundstücks (sofern nicht alleiniger Zuwendungszweck) können auch vor Beginn des Bewilligungszeitraumes, frühestens jedoch ab dem 17.01.2023 erbracht und bezahlt worden sein.
- 8.2 Ich/wir erkläre(n), dass gegen mich/uns keine offene Rückforderungsanordnungen aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vorliegt, der er nicht fristgerecht in voller Höhe Folge geleistet hat. (Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne des Artikels 1 Abs. 4 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014).
- 8.3 Ich/wir erkläre(n), dass Abwasser und Abfälle, die bei den unter Punkt 4 genannten Investitionen anfallen, ordnungsgemäß beseitigt bzw. entsorgt werden und dass sich die gegebenenfalls entstehenden Luftverunreinigungen in den zulässigen Grenzen halten werden.
- 8.4 Ich/wir erkläre(n), dass die Finanzierung der anfallenden Bewirtschaftungs-/Folgekosten für den Zeitraum der Zweckbindungsfrist gesichert ist.
- 8.5 Mir/uns ist bekannt, dass die in diesem Antrag anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist. Mir/uns ist weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBI. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung, Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgebend ist.
- 8.6 Ich/wir verzichten unwiderruflich auf mögliche planungsrechtliche Entschädigungsansprüche, die aufgrund der Beseitigung der Gebäude bzw. Anlagen, der Aufhebung und Änderung des Planungsrechtes für das betroffene Grundstück entstanden sind oder entstehen können.

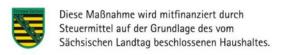
- 8.7 Mir/uns sind die nach § 3 des Subventionsgesetzes bestehenden Mitteilungsverpflichtungen bekannt; insbesondere werde(n) ich/wir jede Abweichung von den vorstehenden Angaben unverzüglich der die Bewilligung/ Bescheinigung erteilenden Behörde mitteilen, und zwar über die Stelle, bei der der Antrag eingereicht wurde.
- 8.8 Mir/uns ist bekannt, dass die aus dem Antrag ersichtlichen Daten von der zuständigen Behörde in der Bundesrepublik Deutschland auf Datenträger gespeichert und in anonymer Form für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle der Wirtschaftsförderung verwendet werden.
- Mir/uns ist bekannt, dass soweit es sich bei den Zuwendungen um staatliche Beihilfen im Sinne von Artikel 87 Abs.1 EG Vertrag handelt, erfolgt die Förderung nach Maßgabe und unter Einhaltung der Voraussetzungen der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen oder der Verordnung (EG) Nr.800/2008 der Kommission vom 06.08.2008 zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 EG- Vertrag (allgemeine Freistellungsverordnung) (ABL. L214 vom 09.08.2008, S. 3) sowie deren Nachfolgeregelungen.
- 8.10 Ich/wir versichern, dass zur Realisierung der beantragten Investitionen keine anderen Fördermittel in Anspruch genommen werden. Sollten während der Durchführung andere öffentliche Mittel bewilligt werden, haben ich/wir dies unverzüglich mitzuteilen.
- 8.11 Bei der Durchführung der Maßnahme werden die Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen und die Einhaltung des Prinzips der Nichtdiskriminierung beachtet

Sofern eine Betriebsaufspaltung, eine Mitunternehm auch von der anderen Gesellschaft rechtsverbindlich	nerschaft oder ein Organschaftsverhältnis vorliegt, ist der Antrag zu unterzeichnen.
Ort/Datum	Unterschrift/Stempel

Unterschrift/Stempel



Ort/Datum







#### 8.12 Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung

Ich bin damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der für den Investitionsort zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle (vgl. Punkt 1.1. der Erläuterungen) zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden oder die sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschl. der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung dieses Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung zu stellen.

Die Einwilligung bezieht sich ausdrücklich auch auf die Erfassung, Speicherung und Verwendung der nach Beendigung des Investitionsvorhabens zur Verwendungsnachweiskontrolle erforderlichen persönlichen und sachlichen Daten.

Ort/Datum	Unterschrift/Stempel

#### 9. Anlagen

- Informationsblatt KU (SAB-Formblatt 60300)
- Bewertungskriterien KU-Förderung 2021-2027
- Vereinfachte melderechtliche KMU-Selbsterklärung (SAB-Formblatt 63521)
- <u>NUR!</u> bei verbundenen KMU I KU-Bewertung inkl. Berechnungsbogen zur KU-Bewertung und Bewertungskriterien (SAB-Formblatt 60314 und 60314-1)
- Stellungnahme der Hausbank
- Informationsblatt De-minimis-Beihilfen (SAB-Formblatt 60380)
- De-minimis-Erklärung (SAB-Formblatt 60381)
- Erklärung des Antragstellers kein Unternehmen in Schwierigkeiten (SAB-Formblatt 61369)
- Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung zum Antrag auf Bezuschussung
- Datenschutzhinweise f

  ür Kunden und Interessenten (SAB-Formblatt 61369)
- Ausgaben- und Finanzierungsplan
- Unterschriftskarte

#### 10. Einzureichende Unterlagen

Folgende Unterlagen sind bei der Stadtverwaltung Limbach-Oberfrohna, Stabsstelle E-Government & Wirtschaftsförderung, Rathausplatz 1, 09212 Limbach-Oberfrohna einzureichen.

- Fördermittelantrag
- Bewertungskriterien KU-Förderung 2021-2027
- vereinfachte melderechtliche KMU-Selbsterklärung (SAB-Formblatt 63521)
- <u>NUR!</u> bei verbundenen KMU I KU-Bewertung inkl. Berechnungsbogen zur KU-Bewertung und Bewertungskriterien (SAB-Formblatt 60314 und 60314-1)
- Stellungnahme der Hausbank
- De-minimis-Erklärung (SAB-Formblatt 60381)
- Erklärung des Antragstellers kein Unternehmen in Schwierigkeiten (SAB-Formblatt 61369)
- Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung zum Antrag auf Bezuschussung
- Ausgaben- und Finanzierungsplan (ggf. Businessplan)
- Unterschriftskarte
- Gewerbeschein oder Handelsregisterauszug (in Kopie)
- Bescheinigung in Steuersachen (in Kopie)
- Mietvertrag oder Nachweis des Eigentums der Immobilie (in Kopie)

Mit der Maßnahme darf erst begonnen werden, wenn dazu eine Genehmigung vorliegt. Es kann ggf. ein

- Antrag auf vorzeitigen Maßnahmenbeginn gestellt werden.

Im Rahmen der Bearbeitung kann der Antragsteller zur Vorlage weiterer Unterlagen verpflichtet werden.

#### 11. Informationen und Beratung

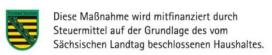
Für weitere Informationen und für Beratung stehen Ihnen Mitarbeiter der Stadtverwaltung Limbach-Oberfrohna zur Verfügung:

Stabsstelle E-Government & Wirtschaftsförderung

Tel: 03722 78-376

E-Mail: wirtschaftsfoerderung@limbach-oberfrohna.de









# Übersicht der Bewertungskriterien der KU-Förderung in der EFRE Förderperiode 2021-2027 (min. ein Kriterium muss zutreffen)

		Zutreffen- des bitte ankreuzen
Umweltschutz	Die Umsetzung der Maßnahme leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Umweltsituation im Gebiet oder sie trägt direkt zum Umweltschutz bei oder sie trägt zur Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes bei.	
Gender- mainstream	Die Maßnahme leistet einen Beitrag zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern.	
Arbeitsplätze	Mit dem Vorhaben werden neue Arbeitskräfte eingestellt und das nach dieser Richtlinie geförderte Vorhaben führt zur Schaffung von zusätzlichen dauerhaften betrieblichen Arbeitsplätzen innerhalb des Fördergebietes.	
Ausbildung	Das nach dieser Richtlinie geförderte Vorhaben führt zur Schaffung von Ausbildungsplätzen innerhalb des Fördergebietes.	
Ansiedlung	Das begünstigte Klein- oder Kleinstunternehmen errichtet im Fördergebiet einen Betrieb oder eine Betriebsstätte neu und das nach dieser Richtlinie geförderte Unternehmen leistet hierzu einen wesentlichen Beitrag.	
Entwicklung/ Erweiterung	Das begünstigte Klein- oder Kleinstunternehmen befindet sich in Erweiterung und das nach dieser Richtlinie geförderte Vorhaben leistet zur Unternehmensentwicklung im Fördergebiet einen wesentlichen Beitrag	
Innovation	Das begünstigte Klein- oder Kleinstunternehmen führt an der Betriebs- stätte im Fördergebiet ein innovatives (neues) unternehmerisches Vorha- ben durch. Das nach dieser Richtlinie geförderte Vorhaben erfüllt im Stadt- gebiet Alleinstellungskriterien.	
Wirtschafts- struktur	Das begünstigte Klein- oder Kleinstunternehmen sichert die Versorgung der Einwohner oder anderer Unternehmen des Fördergebietes mit ortsnah benötigten Produktionen oder Dienstleistungen, die besondere Bedeutung für eine ausgewogene Versorgungsstruktur im Fördergebiet haben. Das nach dieser Richtlinie geförderte Vorhaben trägt wesentlich zur Weiterentwicklung dieser Funktion des begünstigten Unternehmens bei.	
Standort- entwicklung	Das begünstigte Klein- oder Kleinstunternehmen führt im Fördergebiet ein neues unternehmerisches Vorhaben mit erwerbswirtschaftlichen Zielen durch und das nach dieser Richtlinie geförderte Vorhaben leistet zur günstigen Entwicklung oder zum Nachteilsausgleich im Fördergebiet einen Beitrag, der die Entwicklung des Standortes maßgeblich positiv beeinflusst.	
Verflechtung	Das begünstigte Klein- oder Kleinstunternehmen führt ein neues betriebliches Vorhaben durch, das neben betriebsinternen Verbesserungen (betriebliche Wirkung) auch die wirtschaftliche Verflechtung des Unternehmens verbessert (überbetriebliche Wirkung), indem es entweder a) beim geförderten Unternehmen maßgebliche Verbesserungen in einer Vielzahl von externen Beziehungen (z. B. zu Kunden, Lieferanten, Anliegern, Geschäftspartnern etc.) herbeiführt oder b) für eine Vielzahl von anderen Unternehmen im Fördergebiet maßgebliche Verbesserungen der externen Beziehungen herbeiführt.	
Gefährdung	Der Standort des begünstigten Klein- oder Kleinstunternehmens ist durch staatliche Auflagen gefährdet und das nach dieser Richtlinie geförderte Vorhaben sichert den im Fördergebiet bestehenden Standort dauerhaft. Das Unternehmen darf nicht die Begriffsbestimmungen der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten erfüllen.	



# Vereinfachte melderechtliche KMU-Selbsterklärung des Antragstellers

Hinweis: Die vereinfachte Selbsterklärung kann nur verwendet werden, wenn es sich bei dem Unternehmen des Antragstellers nicht um ein mit anderen Unternehmen verflochtenes Unternehmen (verbundenes Unternehmen bzw. Partnerunternehmen) gemäß Ziff. 2 des Informationsblatts KMU (SAB-Vordruck 60300) handelt.

Bei verflochtenen Unternehmen ist die KMU-Bewertung mittels der SAB-Vordrucke VD60314 und VD60314-1 zu erbringen.

1.	Antragsteller	
1.1	Allgemeine Angaben	
	Name	Geburtsdatum (falls natürliche Person) (TT.MM.JJJJ)
	Vorname	Straße, Hausnummer
	bzw. Firma	PLZ Ort
1.2	Angaben zum Unternehmen	
	Bilanzstichtag (TT.MM.JJJJ)	Anzahl Mitarbeiter im Unternehmen
	Jahresumsatz (T€)	Bilanzsumme (T€)
2.	Erklärungen des Antragstellers	
	Der Antragsteller bestätigt, dass es bei dem Unternehmen	Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in dieser Selbsterklä-
	um ein eigenständiges Unternehmen ohne Verflechtungen mit anderen Unternehmen handelt.	rung gemachten Angaben wird hiermit bestätigt.
	mit anderen Onternenmen nandert.	
	Antragsteller Ort	Rechtsverbindliche Unterschrift   Stempel
		The state of the s
	Datum (TT.MM.JJJJ)	
	Bearbeitungsvermerk SAB (nur auszufüllen bei Kreditanträge	en)
	Geschäftspartnernummer (Hauptgeschäftspartner)	
	Fachabteilung	bearbeitet
	kontrolliert  Datum   Kennzeichen   Unterschrift	Datum   Kennzeichen   Unterschrift
	☐ zurück an Fachabteilung ☐ z.d.A.	

# Berechnungsbogen zur KMU-Bewertung

Angaben zum Antrag stellenden Unternehmen	
Na	Plants
Name	Firma
Vorname	

# Berechnungsbogen A - Angaben zu verbundenen Unternehmen

Daten¹ der Unternehmen, die mit dem Antrag stellenden Unternehmen direkt oder über eine natürliche Person oder Personengruppe<sup>2</sup> verbunden sind

		Anzahl Mi	tarbeiter³	Jahresumsatz (T€)		Bilanzsu	mme (T€)
lfd	Jahr						
Nr.	Unternehmensbezeichnung						
1							
2							
3							
4							
5							
6							
Teile	ergebnis 1.1 (Addition)						

1.2 Daten¹ der Unternehmen, die mit dem verbundenen Unternehmen (siehe 1.1) direkt oder über eine natürliche Person oder Personengruppe<sup>2</sup> verbunden sind

		Anzahl Mitarbeiter <sup>3</sup>		Jahresumsatz (T€)		Bilanzsumme (T€)	
lfd.	Jahr						
Nr.	Unternehmensbezeichnung						
1							
2							
3							
4							
5							
6							
	ergebnis 1.2 (Addition)						

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Angaben unter den Ziff. 1.1-2.4 beziehen sich auf das Jahr des letzten bzw. vorletzten Bilanzstichtags.

Anzahl Vollzeitbeschäftigte = Summe aller im Laufe des Jahres im Unternehmen zu leistenden Stunden aller zu erfassenden Arbeitnehmer Summe aller im Laufe des Jahres im Unternehmen zu leistenden Stunden einer Vollzeitkraft

Siehe Informationsblatt zur KMU-Definition, Seite 1, Ziffer 2, Abschnitt "Verbundene Unternehmen".

Die "Mitarbeiterzahl" unter den Ziff. 1.1-2.4 umfasst Vollzeit-, Teilzeit- und Zeitarbeitskräfte sowie Saisonpersonal und schließt folgende Gruppen ein: Lohnund Gehaltsempfänger; mitarbeitende Eigentümer; Teilhaber, die eine regelmäßige Tätigkeit in dem Unternehmen ausüben; für das Unternehmen tätige Personen, die in einem Unterordnungsverhältnis zu diesem stehen (z. B. Leiharbeitnehmer). Teilzeitbeschäftigte/Saisonarbeiter, geringfügig Beschäftigte werden anteilig berücksichtigt. Nicht angerechnet werden Auszubildende, Mutterschutz-/ Elternzeitbeurlaubte sowie Wehr-/Bundesfreiwilligendienstleistende. Berechnungsformel:

12	Daton1 dor Dar	tnerunternehmen	dar untar 1 1	und 1 2	angagahanan	vorhundonon	Lintornohmon
I.J	Datell del Fai	the unternerment	uei uiilei i.i	unu n.z	angegebenen	verburiderieri	Onteniennen

		Aktuelle Beteiligung	Anzahi M	litarbeiter Jahresumsatz		nsatz (T€)	Bilanzsumme (T€)	
lfd.	Jahr	(in %)						
Nr.	Unternehmensbezeichnung							
1								
2								
3								
4								
5								
6								
Teile	ergebnis 1.3 (Addition, quotal	)						

# 1.4 Addition der unter 1.1 bis 1.3 angegebenen Daten

	Anzahl Mit	tarbeiter	Jahresun	nsatz (T€)	Bilanzsu	mme (T€)
Jahr						
Teilergebnis 1.1						
Teilergebnis 1.2						
Teilergebnis 1.3						
Zwischenergebnis 1 (Addition)						

# 2. Berechnungsbogen B - Angaben zu Partnerunternehmen

# 2.1 Daten¹ der Partnerunternehmen² des Antrag stellenden Unternehmens

		Aktuelle Beteiligung	Anzahi M	itarbeiter	Jahresun	nsatz (T€)	Bilanzsu	mme (T€)
lfd.	Jahr	(in %)						
Nr. 1	Unternehmensbezeichnung							
2								
3								
4								
5								
6								
Teile	ergebnis 2.1 (Addition, quotal)							

2.3 Daten¹ der mit den direkt verbundenen Unternehmen (siehe 2.2) verbundenen Unternehmen

			Aktuelle Beteiligung	Anzahi M	itarbeiter	Jahresun	nsatz (T€)	Bilanzsu	mme (T€)
	Jahr		(in %)						
lfd. Nr.	Unternehmens- bezeichnung	Bezie- hung <sup>5</sup>							
1									
2									
3									
4									
5									
6									
Teile	ergebnis 2.3 (Addition, quo	otal)							

2.4 Addition der unter 2.1 bis 2.3 angegebenen Daten

	Anzahi M	itarbeiter	Jahresun	nsatz (T€)	Bilanzsu	mme (T€)
Jahr						
Teilergebnis 2.1						
Teilergebnis 2.2						
Teilergebnis 2.3						
Zwischenergebnis 2 (Addition)						

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> bitte hier jeweils zusätzlich angeben, zu welchem der Unternehmen 1-6 unter 2.1 eine Beziehung besteht

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> bitte hier jeweils zusätzlich angeben, zu welchem der Unternehmen 1-6 unter 2.2 eine Beziehung besteht

9
_
_
4
Von
_
O
>
-
4
7
41
Ψ
+
Seite
Ψ
10
0,
_
14-1
⇁
_
$\sim$
$\simeq$
O
CO
60314
SAB (
ш
$\overline{}$
◂
10
U)

	Anzahl Mitarbeiter	Jahresumsatz (T€)	Bilanzsumme (T€)
Jahr			
Daten des Antrag stellenden			
Unternehmens			
Addition der Daten unter Ziff. 3.	1 mit den Zwischenergebnisse	en zu verbundenen Unterneh	men und Partnerunternehme
	Anzahl Mitarbeiter	Jahresumsatz (T€)	Bilanzsumme (T€
Jahr			
Daten des Antrag stellenden Unternehmens			
Angaben zu Verbundenen Unter- nehmen (= Zwischenergebnis 1)			
Angaben zu Partnerunternehmen (= Zwischenergebnis 2)			
Gesamtergebnis (Addition)			
(Addition)			
Erklärungen			
Mir/Uns ist bekannt, dass die fo klärungen subventionserheblich 264 StGB sind und ein Subvent strafbar ist:  – Ziffer 1.1 "Daten der Unterne stellenden Unternehmen dire Person oder Personengruppe	e Tatsachen im Sinne von § ionsbetrug nach § 264 StGB hmen, die mit dem Antrag kt oder über eine natürliche e verbunden sind"	schäfte, die unter Missbravorgenommen werden, shandlungen (§ 4 SubvG) sind.  Mir/Uns sind die nach § 3 pflichten bekannt, wonac sachen mitzuteilen sind, die nach sind, die	ferner Handlungen bzw. Reauch von Gestaltungsmöglich owie Scheingeschäfte und Saubventionserhebliche Tatsa SubvG bestehenden Mitteilen der SAB unverzüglich alle die der Bewilligung, Gewährt.
denen Unternehmen (siehe 1 türliche Person oder Persone – Ziffer 1.3 "Daten der Partneru	ngruppe verbunden sind" unternehmen der unter 1.1	Subvention oder des Sub oder für die Rückforderur	ventionsvorteils entgegenste ng der Subvention oder des S
denen Unternehmen (siehe 1 türliche Person oder Persone – Ziffer 1.3 "Daten der Partneru und 1.2 angegebenen verbur Antragsteller	ngruppe verbunden sind" unternehmen der unter 1.1	Subvention oder des Sub oder für die Rückforderur ventionsvorteils erheblich	
türliche Person oder Persone – Ziffer 1.3 "Daten der Partneru und 1.2 angegebenen verbur	ngruppe verbunden sind" unternehmen der unter 1.1	Subvention oder des Sub oder für die Rückforderur	ventionsvorteils entgegenste ng der Subvention oder des S sind.
denen Unternehmen (siehe 1 türliche Person oder Persone – Ziffer 1.3 "Daten der Partneru und 1.2 angegebenen verbur Antragsteller Ort	ngruppe verbunden sind" unternehmen der unter 1.1	Subvention oder des Sub oder für die Rückforderur ventionsvorteils erheblich	ventionsvorteils entgegenste ng der Subvention oder des S sind.
denen Unternehmen (siehe 1 türliche Person oder Persone – Ziffer 1.3 "Daten der Partneru und 1.2 angegebenen verbur Antragsteller Ort  Datum (TT.MM.JJJJ)	engruppe verbunden sind" unternehmen der unter 1.1 ndenen Unternehmen"	Subvention oder des Sub oder für die Rückforderur ventionsvorteils erheblich  Rechtsverbindliche Unters	ventionsvorteils entgegenste ng der Subvention oder des S sind.
denen Unternehmen (siehe 1 türliche Person oder Persone – Ziffer 1.3 "Daten der Partneru und 1.2 angegebenen verbur Antragsteller	engruppe verbunden sind" unternehmen der unter 1.1 ndenen Unternehmen"	Subvention oder des Sub oder für die Rückforderur ventionsvorteils erheblich  Rechtsverbindliche Unters	ventionsvorteils entgegens ng der Subvention oder des sind.



# KMU-Bewertung

Die folgenden Angaben werden benötigt für die Bewertung des Antrag stellenden Unternehmens<sup>1</sup> als kleines und mittleres Unternehmen (KMU) im Sinne der KMU-Definition gemäß der Empfehlung der Europäischen Kommission vom 6. Mai 2003, Amtsblatt der EU Nr. L 124/36 vom 20.05.2003, bzw. Anhang I der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 vom 17. Juni 2014 (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung, Abl. EU 187/1 vom 26. Juni 2014).

Hinweis: Auf das Informationsblatt KMU (VD 60300) wird verwiesen (verfügbar unter www.sab.sachsen.de).

Bei Beantragung von Zuschüssen ist dieser Vordruck vollständig auszufüllen.

Förderprogramm		

Bei der Antragstellung von Darlehen, die nicht über die Hausbank des Unternehmens, sondern direkt bei der SAB beantragt werden, ist zusätzlich zu den Ziffern 2 und 3 der Vordruck "Feststellung des wirtschaftlich Berechtigten" (SAB-Vordruck 65222-1) auszufüllen.

1	Antragstell	$\sim$
١.	Alluaustell	┖

Allgemeine Angaben

Name
Vorname
Geburtsdatum (falls natürliche Person) (TT.MM.JJJJ)
Straße, Hausnummer
PLZ Ort

DZW. Firma		

Mitarbeiterzahlen und finanzielle Schwellenwerte<sup>2</sup>

Die Schwellenwerte beziehen sich auf die durchgeführten Jahresabschlüsse der letzten zwei Jahre. Bei einem neu gegründeten Unternehmen, das noch keinen Abschluss für einen vollständigen Rechnungszeitraum vorlegen kann, werden die Schwellenwerte im laufenden Geschäftsjahr nach Treu und Glauben geschätzt.

Bilanzstichtag (TT.MM)	

	Anzahl Mitarbeiter <sup>2</sup>		Jahresumsatz (T€)		Bilanzsumme (T€)		
Jahr	20	20	20	20	20	20	

- Sofern es sich beim Antragsteller um eine natürliche Person handelt, werden hier die Angaben des begünstigten Unternehmens benötigt.
- Die "Mitarbeiterzahl" umfasst Vollzeit-, Teilzeit- und Zeitarbeitskräfte sowie Saisonpersonal und schließt folgende Gruppen ein:
  - · Lohn- und Gehaltsempfänger;
  - mitarbeitende Eigentümer:
  - Teilhaber, die eine regelmäßige Tätigkeit in dem Unternehmen ausüben;
  - für das Unternehmen tätige Personen, die in einem Unterordnungsverhältnis zu diesem stehen (z. B. Leiharbeitnehmer).

Teilzeitbeschäftigte/Saisonarbeiter, geringfügig Beschäftigte werden anteilig berücksichtigt.

Nicht angerechnet werden Auszubildende. Mutterschutz-/Elternzeitbeurlaubte sowie Wehr-/Bundesfreiweilligendienstleistende. Berechnungsformel:

Anzahl Vollzeitbeschäftigte = Summe aller im Laufe des Jahres im Unternehmen zu leistenden Stunden aller zu erfassenden Arbeitnehmer Summe aller im Laufe des Jahres im Unternehmen zu leistenden Stunden einer Vollzeitkraft

Gesellschafter des Antrag stellenden Unternehmens  (Als Unternehmen gilt jede Einheit, unabhängig von ihrer Rechtsform, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt.)		
Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Beteiligung am Antrag s	stellenden Unternehmen
,	Kapital (in %)	Stimmrechte (in %)
		]
Besitz- und Beteiligungsverhältnisse		
	d) Fin Unternahmen des Akt	ianär adar Casallashaftar aina
<b>2.1 Allgemeine Angaben</b> Werden 25 % oder mehr des Kapitals oder der Stimmrechte		ionär oder Gesellschafter eine t, übt gemäß einer mit anderer
des Antrag stellenden Unternehmens von einer oder mehre-		naftern dieses anderen Unter-
ren öffentlichen Stellen oder Körperschaften des öffentlichen		einbarung die alleinige Kontroll
Rechts einzeln oder gemeinsam kontrolliert?		) der Stimmrechte von dessen
☐ ja ☐ nein	Aktionären oder Gesellsch	naftern aus.
Wird für das Antrag stellende Unternehmen ein konsolidierter	2.3 Partnerunternehmen	
Jahresabschluss erstellt bzw. wird das Antrag stellende	Hält das Antrag stellende Un	ternehmen allein mindestens
Unternehmen in einen konsolidierten Jahresabschluss ein-		es Kapitals/der Stimmrechte ar
bezogen?	anderen Unternehmen?	
□ ja □ nein	□ ja □ nein	
2.2 Verbundene Unternehmen	Hält einer der Gesellschafter	(juristische Personen) des
Steht das Antrag stellende Unternehmen mit anderen Unter-	Antrag stellenden Unternehm	nens 25 % und höchstens 50 %
nehmen (juristischen Personen) direkt oder indirekt in einer		e am Antrag stellenden Unter-
der unten genannten Unternehmensbeziehungen?	nehmen?	
□ ja □ lielii	□ ja □ nein	
Steht das Antrag stellende Unternehmen über eine natürliche	Hält das Antrag stellende Un	ternehmen gemeinsam mit
Person/Personengruppe (umfasst auch verwandtschaftliche		idenen Unternehmen zwischer
Beziehungen zwischen einer oder mehreren verantwortlich handelnden Personen verschiedener Unternehmen oder	•	oder der Stimmrechte an ande
eine verantwortlich handelnde Person in verschiedenen Un-	ren Unternehmen?	
ternehmen) mit anderen Unternehmen in demselben Markt	□ ja □ nein	
oder in benachbarten Märkten in einer der unten genannten	Stehen die Gesellschafter (iu	ristische Personen) des Antrag
Unternehmensbeziehungen?		einer der unter 2.2 Buchst. a)-
□ ja □ nein	genannten Unternehmensbe	
	meinsam zwischen 25 % und	-
Stehen die Gesellschafter (juristische Personen) des Antrag	Stimmrechte?	
stellenden Unternehmens in einer der unten genannten Unternehmensbeziehungen und halten sie gemeinsam mehr	□ ja □ nein	
als 50% des Kapitals oder der Stimmrechte am Antrag stel-	let der Casallashafter des An	traa atallandan Hatarnahmana
lenden Unternehmen?		trag stellenden Unternehmens tte zutreffendes Feld ankreuze
□ ja □ nein	☐ staatliche Beteiligungsgese	
	☐ Risikokapitalgesellschaft	
Unternehmensbeziehungen:	Business Angel (mit Gesamtin nehmen)	vestitionsbetrag bis 1,25 Mio. € je Unte
a) Ein Unternehmen hält die Mehrheit (> 50 %) der Stimm-	☐ Universität	
rechte der Aktionäre oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens.	<ul><li>☐ Forschungszentrum ohne G</li><li>☐ Institut. Ableger einschl. re</li></ul>	
b) Ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit (> 50 %) der	<ul> <li>Autonome Gebietskörpersc</li> </ul>	
Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgre-	< 5000 Einwohner)	
miums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder	Mischt sich dieser Investor -	unbeschadet seiner Rechte als
abzuberufen.		- direkt oder indirekt in die Ver
c) Ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen	waltung des betroffenen Unte	ernehmens ein?
Unternehmen abgeschlossenen Vertrag oder aufgrund	□ ja □ nein	
einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherr-		
schenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben.		

Formular ID: Prüfsumme:

Wurde mindestens eine der Fragen unter "Verbundene Unternehmen" bzw. "Partnerunternehmen" mit "ja" beantwortet, dann füllen Sie bitte zusätzlich den "Berechnungsbogen zur KMU-Bewertung" (SAB-Vordruck 60314-1) aus.

Haben sich innerhalb der letzten zwei Jahre bzw. seit dem letzten Jahresabschluss die gesellschaftsrechtlichen Eigentumsverhältnisse am Antrag stellenden Unternehmen bzw. im Unternehmensverbund (verbundene Unternehmen und/ oder Partnerunternehmen) geändert?

□ ia ☐ nein

Sofern eine der Fragen unter 2.1 bis 2.3 mit "ja" beantwortet wurde, ist der "Berechnungsbogen zur KMU-Bewertung" (SAB-Vordruck 60314-1) auszufüllen. Sofern die Daten des Antrag stellenden Unternehmens bzw. des konsolidierten

Jahresabschlusses, in den dieses Unternehmen eingeht, bereits die KMU- Schwellenwerte überschreiten (≥250 Mitarbeiter bzw. > 50 Mio. € Jahresumsatz und > 43 Mio. € Jahresbilanzsumme), ist die Ausfüllung des Berechnungsbogens nicht mehr erforderlich.

Die Stimmrechts- und Kapitalanteile der Unternehmen (einschließlich des Antragstellers) sind mit Hilfe eines detaillierten Organigramms (gesellschaftsrechtliche Beteiligungen namentlich und mit Prozentangabe sowie Angabe des Geschäftsführers, einschließlich aller Unternehmen, an denen mit den Gesellschaftern verwandte Personen/Ehepartner der Gesellschafter oder mit Gesellschaftern in nicht ehelicher Lebensgemeinschaft lebende Personen Anteile halten bzw. in einer der unten genannten Unternehmensbeziehungen stehen) darzustellen. Bei Betriebsaufspaltungen sind der Jahresumsatz, die Jahresbilanzsumme sowie die Anzahl der Vollbeschäftigten zusätzlich im Organigramm mit anzugeben.

# Erklärung zu Besitz-/ Beteiligungsverhältnissen bei Kapitalstreuung

(Nur auszufüllen, wenn die Anteile aufgrund der Kapitalstreuung nicht ermittelt werden können)

Ich gehe/Wir gehen wegen der fehlenden Möglichkeit einer exakten Feststellung aller Anteilseigner aufgrund der Kapitalstreuung nach bestem Wissen davon aus, dass das Antrag

stellende Unternehmen sich nicht zu 25 % oder mehr in Besitz eines Unternehmens oder im gemeinsamen Besitz von miteinander bzw. über natürliche Personen oder eine Gruppe natürlicher Personen verbundenen Unternehmen befindet.

Antr	-20	eta	الد	۵r
AHU	ay	เอเเ	<b>=</b> 111	чı

Ort	Datum (TT.MM.JJJJ)

Rechtsverbindliche Unterschrift   St	tempel

#### 4. Erklärungen des Antragstellers

Der beantragten Zuwendung liegen Subventionen zu Grunde, auf welche § 264 Strafgesetzbuch (StGB) und § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen vom 14. Januar 1997 i.V.m. §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) Anwendung finden.

Ich/Wir bin/ sind darüber unterrichtet, dass alle in diesem Formular in den Ziffern 1.2 "Mitarbeiterzahlen und finanzielle Schwellenwerte", 1.3 "Gesellschafter des Antrag stellenden Unternehmens", 2.1. "Allgemeine Angaben", 2.2 "Verbundunternehmen", 2.3 "Partnerunternehmen" und 2.4 "Ausfüllen des Berechnungsbogens/Beifügen eines Organigramms" und 3. "Erklärung zu Besitz- und Beteiligungsverhältnissen" gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im

Sinne von § 264 Strafgesetzbuch (StGB) sind und ein Subventionsbetrug nach § 264 strafbar ist.

Mir/uns ist ferner bekannt, dass Handlungen bzw. Rechtsgeschäfte, die unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten vorgenommen werden, sowie Scheingeschäfte und Scheinhandlungen (§ 4 SubvG) subventionserhebliche Tatsachen sind.

Mir/uns sind weiterhin die nach § 3 SubvG bestehenden Mitteilungspflichten bekannt, wonach der SAB unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen sind, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Antragsteller
---------------

Ort	Datum (TI.MM.JJJJ)

Rechtsverbindliche Unterschrift	Stempei

# Bearbeitungsvermerk SAB (nur auszufüllen bei Kreditanträgen)

Geschäftspartnernummer (Hauptgeschäftspartner)

#### **Fachabteilung**

kontrolliert

Datum | Kennzeichen | Unterschrift

bearbeitet

Sächsische Aufbaubank – Förderbank – Gerberstraße 5, 04105 Leipzig Postanschrift: 04022 Leipzig, Telefon 0341 70292-0, Telefax 0341 70292-4000

Datum | Kennzeichen | Unterschrift

SAB 60314 Seite 3 von 3

Geschäftsadresse Dresden: Pirnaische Straße 9, 01069 Dresden Postanschrift: 01054 Dresden, Telefon 0351 4910-0, Telefax 0351 4910-4000 SWIFT/BIC: SABDDE81XXX Gläubiger-ID: DE42ZZZ00000034715 USt-ID: DE179593934 Internet: www.sab.sachsen.de





# Stellungnahme der Hausbank

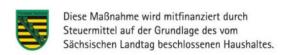
Stadtverwaltung Limbach-Oberfrohna Stabsstelle E-Government & Wirtschaftsförderung Rathausplatz 1 09212 Limbach-Oberfrohna

Gewährung von Zuwendungen an Klein- und Kleinstunternehmen im Rahmen des Förderprogramms "Nachhaltige Integrierte Stadtentwicklung EFRE 2021 bis 2027" auf der Grundlage der Richtlinie Nachhaltige Integrierte Stadtentwicklung (vom 17.01.2023) Ziffer II. Nr. 3 b sowie der KU-Richtlinie der Stadt Limbach-Oberfrohna (vom 13.02.2024) im EFRE- Fördergebiet

Antr	agsteller/Anschrift:			
Hausbank/Anschrift: _ _				
Zus	tändiger Sachbearbeiter:			
Tele	fon/Telefax:			
•	Zuwendungen entsprech nicht zu x).  Danach sind folgende E Investitionszuschüsse in	n Höhe von		
	Zulagen für die Schaffu Arbeitsplätze in Höhe v		€	

x) Nicht Zutreffendes bitte streichen





•	Wir erklären uns als Hausbank bereit, die Kofinanzierung zu übernehmen x).

•	Wegen	des	hohen	Einsatzes	von	Eigenmitteln	ist	eine	Kofinanzierung	durch	die
	Hausbank nicht erforderlich x)										

Zum Antragsteller, zum Vorhaben sowie zu den finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen nehmen wir wie folgt Stellung:

1.	Beurteilung	der	persönlichen	Kreditwürdigkeit	sowie	der	fachlichen	und	kaufmänniso	chen
	Fähigkeiten	des	Inhabers/ges	chäftsführenden (	Gesells	scha	fters:			

<ol><li>Vermögenslage, Liquidität, Rentab</li></ol>	แแล

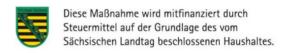
3.	Stellungna	hme zu d	dem b	peabsicl	htiaten '	Vorhaber

- 4 a) Ist die Gesamtfinanzierung des Vorhabens, einschl. der angegebenen Eigenmittel gesichert?
- 4 b) Kann der Antragsteller die im Finanzierungsplan gesetzten Eigenmittel aufbringen? (Herkunft der Eigenmittel bitte angeben)
- 4 c) Welche anderen Finanzmittel (außer Mittel aus diesem EFRE-Programm) werden eingesetzt, z. B. Kredite, Unterstützung Jobcenter?

Ort. Datum	Unterschrift und Stempel der Hausbank

x) Nicht Zutreffendes bitte streichen







# De-minimis-Erklärung

### Definitionen und Erläuterungen

In dieser Erklärung sind alle De-minimis-Beihilfen anzugeben, die Ihr Unternehmen bzw. Unternehmensverbund als "ein einziges Unternehmen" in einem Zeitraum von drei Jahren erhalten hat.

Für die Zwecke der De-minimis-Verordnungen sind die Unternehmen als ein einziges Unternehmen zu betrachten, die zueinander in mindestens einer der folgenden Beziehungen stehen:

- Ein Unternehmen hält die Mehrheit der Stimmrechte der Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens.
- ein Unternehmen ist berechtigt, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsgremiums eines anderen Unternehmens zu bestellen oder abzuberufen.
- ein Unternehmen ist gemäß einem mit einem anderen Unternehmen geschlossenen Vertrag oder aufgrund einer Klausel in dessen Satzung berechtigt, einen beherrschenden Einfluss auf dieses Unternehmen auszuüben,
- ein Unternehmen, das Anteilseigner oder Gesellschafter eines anderen Unternehmens ist, übt gemäß einer mit

anderen Anteilseignern oder Gesellschaftern dieses anderen Unternehmens getroffenen Vereinbarung die alleinige Kontrolle über die Mehrheit der Stimmrechte von dessen Anteilseignern oder Gesellschaftern aus.

Auch Unternehmen, die über ein oder mehrere andere Unternehmen zueinander in einer der vorgenannten Beziehungen stehen, werden als ein einziges Unternehmen betrachtet.

Im Falle einer Fusion oder Übernahme müssen alle Deminimis-Beihilfen, die den beteiligten Unternehmen in einem Zeitraum von drei Jahren gewährt wurden, angegeben werden.

Im Zuge von Unternehmensaufspaltungen werden die Deminimis-Beihilfen dem Unternehmen zugerechnet, welches die Geschäftsbereiche übernimmt, für die die De-minimis-Beihilfen verwendet wurden. Ist dies nicht möglich, muss eine anteilige Aufteilung auf der Grundlage des Buchwerts des Eigenkapitals zum Zeitpunkt der tatsächlichen Aufspaltung erfolgen.

#### 3. Erklärung zu De-minimis-Beihilfen

Hiermit bestätige ich, dass ich als ein einziges Unternehmen gemäß Punkt 2 in einem Zeitraum von drei Jahren

☐ folgende

in der Anlage zur De-minimis-Erklärung aufgeführten Beihilfen im Sinne folgender Verordnungen erhalten bzw. beantragt habe:

- Allgemeine-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 2023/2831 der Kommission vom 13. Dezember 2023 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen<sup>1</sup>, bzw. im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen<sup>2</sup>
- Agrar-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor<sup>3</sup>,
- Fisch-De-minimis-Beihilfen im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischereiund Aquakultursektor4

- Amtsblatt der EU L vom 15. Dezember 2023
- Amtsblatt der EU L 352/1 vom 24. Dezember 2013,. zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2023/2391 der Kommission vom 4. Oktober 2023, Amtsblatt der EU L, 2023/2391, 05.10.2023
- Amtsblatt der EU L 352/9 vom 24. Dezember 2013, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2023/2391 der Kommission vom 4. Oktober 2023, Amtsblatt der EU L. 2023/2391, 05,10,2023
- Amtsblatt der EU L 190/45 vom 28. Juni 2014, zuletzt geändert durch Verordnung (EU) 2023/2391 der Kommission vom 4. Oktober 2023, Amtsblatt der EU L, 2023/2391, 05.10.2023.

- 1. Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in der Anlage auf der folgenden Seite gemachten Angaben wird hiermit versichert. Es ist bekannt, dass falsche Angaben zur Rückforderung der Zuwendung führen können.
- 2. Der Zuwendung liegen Subventionen des Landes bzw. des Bundes und/oder der EU zugrunde, auf welche der § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen vom 14. Januar 1997 (GVBI S. 2) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) vom 29. Juli 1976 (BGBI. I S. 2037)(BGBI. III 453-18-1-2) geändert durch Sechstes Überleitungsgesetz vom 25.9.1990 (BGBI. I S. 2106) Anwendung findet. Nach § 3 SubvG sind Sie verpflichtet, uns unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Ich bin/Wir sind darüber unterrichtet, dass meine/unsere in diesem Formular unter der Ziffer 3 (Erklärung zu De-minimis-Beihilfen) sowie in der Anlage zur De-minimis-Erklärung (Ziffer 1 "Erhaltene De-minimis-Beihilfen des Antragstellers" und Ziffer 2 "De-minimis-Beihilfen, die die verbundenen Unternehmen des Antragstellers erhalten haben") gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 StGB sind.

Mir/Uns ist die Strafbarkeit eines Subventionsbetrugs nach § 264 StGB bekannt.

Ich bin/Wir sind verpflichtet, der SAB unverzüglich eine nachträgliche Änderung der vorgenannten Angaben mitzuteilen (betrifft z. B. weitere De-minimis-Beihilfen, die dem Antragsteller erst nach Einreichung dieser De-minimis-Erklärung gewährt werden).

Antragsteller	
Ort	Unterschrift   Stempel
Datum (TT.MM.JJJJ)	

Anlage zur De-minimis-Erklärung

Erhaltene De-minimis-Beihilfen des Antragstellers (ohne SAB) und beantragte De-minimis-Beihilfen (ohne SAB)
Bitte erfassen Sie alle De-minimis-Beihilfen mit Ausnahme derer, die die Sächsische Aufbaubank - Förderbank - gewährt hat.

<sup>6</sup> Weitere erhaltene De-minimis-Beihilfen sind ggf. auf einem gesonderten Blatt entsprechend der vorstehenden Tabelle aufzulisten.

<sup>7</sup> Bezüglich der hier zu berücksichtigenden Unternehmen siehe die Erläuterung auf Seite 1 zum "einzigen Unternehmen".

Antragsteller (gemäß Punkt 2 der De-minimis-Erklärung)	Datum Beihilfegeber Zuwendungs- bescheid/Vertrag		Aktenzeichen	Form der Beihilfe (z. B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)	<b>De-minimis-Beihilfen<sup>6</sup> - Art d. Beihilfe/Beihilfebetrag:</b> Hinweis: Bei Darlehens- oder Bürgschaftsförderungen bitte nur den Beihilfewert eintragen! (in EUR)			
	(TT.MM.JJJJ)			,	Allgemein	Agrar	Fisch	
				Gesamt				
<b>De-minimis-Beihilfen, die die verbund</b> Bitte erfassen Sie alle De-minimis-Beihi					nk – Förderbank -	gewährt wurden.		
Verbundene Unternehmen des Antragstellers (gemäß Punkt 2 der De-minimis-Erklärung)	Datum Zuwendungs- bescheid/Vertrag	Beihilfegeber	Aktenzeichen	Form der Beihilfe (z. B. Zuschuss, Darlehen, Bürgschaft)	Hinweis: Bei Da bitte nur de	<b>lfen<sup>6</sup> - Art d. Beihilf</b> rlehens- oder Bürgsch n Beihilfewert eintrage	aftsförderungen n! (in EUR)	
	(TT.MM.JJJJ)				Allgemein	Agrar	Fisch	

Gesamt

# Erklärung des Antragstellers – kein "Unternehmen in Schwierigkeiten"

1.	I. Antragsteller					
	Name	Straße, Hausnummer				
	Vorname	PLZ Ort				
	Tornamo	. = 0.1				
	bzw. <b>Firma</b>					

#### Definition

Grundlage für die Definition eines "Unternehmens in Schwierigkeiten" sind die Leitlinien für staatliche Beihilfen für Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (veröffentlicht im Amtsblatt der EU 2014/C 249/01 vom 31. Juli 2014) bzw. die Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung (veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. 651/2014 vom 17. Juni 2014).

Demnach befindet sich ein Unternehmen dann in Schwierigkeiten, wenn mindestens eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist:

- a) Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (Kapitalgesellschaften, z. B. GmbHs und AGs): Mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals (inkl. aller Agios) ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im Allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden) ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gezeichneten Stammkapitals entspricht.
- b) Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften (z. B. KG, oHG, GbR, GmbH & Co. KG): Mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen

- Eigenmittel ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegan-
- c) Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.
- d) Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen beziehungsweise das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.
- e) Bei einem Unternehmen, das kein KMU ist, lag in den vergangenen beiden Jahren
  - der buchwertbasierte Verschuldungsgrad über 7,5 und
  - das Verhältnis des EBITDA zu den Zinsaufwendungen unter 1,0.

Ein KMU wird in den ersten drei Jahren nach seiner Gründung (bzw. in den ersten sieben Jahren in Bezug auf Risikofinanzierungsbeihilfen i.R. der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung) nur dann als Unternehmen in Schwierigkeiten betrachtet, wenn es die Voraussetzungen unter den Buchstaben c) oder d) erfüllt.

### 3. Besonderheiten

Die GD Wettbewerb der Europäischen Kommission vertritt die Auffassung, dass Nachrangdarlehen nicht als Eigenmittel im Sinne der Definition "Unternehmen in Schwierigkeiten" gewertet werden dürfen, da sie nach den International Accounting

Standards als Fremdkapital zu bilanzieren sind. Bis zu einer etwaigen hiervon abweichenden Entscheidung der Europäischen Kommission oder eines Europäischen Gerichts ist diese Vorgabe zu beachten.

#### Erklärung

Hiermit versichere ich/versichern wir, dass mein/unser Unternehmen kein "Unternehmen in Schwierigkeiten" im Sinne der Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (veröffentlicht im Amtsblatt der EU 2014/C 249/01 vom 31. Juli 2014) bzw. der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung

(veröffentlicht im Amtsblatt der EU Nr. 651/2014 vom 17. Juni 2014) ist.

Mir/Uns ist bekannt, dass diese Erklärung subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches ist und dass ein Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist.

Ort			

Datum (TT.MM.JJJJ)

Unternehmer

Unterschrift | Stempel

SAB 61369 Seite 1 von 1

# Datenschutzrechtliche Einwilligungserklärung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung gemäß DSGVO

Die im Vertrag angegebenen personenbezogenen Daten, insbesondere Name, Anschrift, Telefonnummer, Bankdaten, die allein zum Zwecke der Durchführung des entstehenden Vertragsverhältnisses notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Die antragstellende Person wird darauf hingewiesen, dass die Einwilligung in die Datenverarbeitung, insbesondere in die Erhebung, Speicherung, Verarbeitung, Nutzung und Übermittlung – ggf. auch durch hinzugezogene Institutionen – der für die Bearbeitung des Antrages, der Bewilligung und Verwaltung des Zuschusses erforderlichen personenbezogenen Daten freiwillig ist. Die nachstehende Einwilligung erfolgt unbeschadet des Rechts zum Widerruf mit Wirkung für die Zukunft, sofern dem keine Rechtsgründe entgegenstehen. Die Nichteinwilligung hätte jedoch zur Folge, dass die Bearbeitung des Antrages sowie die Gewährung des beantragten Zuschusses unmöglich wird. Eventuell gezahlte Förderbeträge müssen zurückerstattet werden.

Die antragstellende Person willigt in die Erhebung, Speicherung, Verarbeitung, Nutzung und Übermittlung der Daten zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Bewilligung und Verwaltung bzw. der Bearbeitung eines ggf. entstehenden Erstattungsanspruchs des Zuschusses ein. Die Einwilligung gilt auch für die Übermittlung der Daten an alle an der Bewilligung, Auszahlung und Verwaltung des Zuschusses einschließlich der Prüfung und Evaluation des Förderprogramms beteiligten Stellen innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung und die Verarbeitung der übermittelten Daten durch diese Stellen. Hierzu können der Bundes-/Landesrechnungshof, das Sächsische Staatsministerium des Innern, die Sächsische Aufbaubank und die Westsächsische Gesellschaft für Stadterneuerung mbH sowie von diesen beauftragten Institutionen, die Kammern und sonstige am Förderverfahren beteiligte Stellen zählen.

Die antragstellende Person willigt ein, dass die Stadt Limbach-Oberfrohna die Daten des Antrags für die Vorbereitung und Durchführung im Rahmen der KU-Richtlinie im Ratsinformationssystem sowie ggf. in den (Online-)Medien der Stadt veröffentlicht, welche wiederum weltweit online abrufbar und insbesondere durch Suchmaschinen auffindbar sind. Eine Weiterverwendung und/oder Veränderung durch Dritte kann nicht ausgeschlossen werden und unter Umständen ist eine vollständige Löschung im Internet nicht möglich.

Rechte des Betroffenen: Auskunft, Berichtigung, Löschung und Sperrung, Widerspruchsrecht

Sie sind gemäß Artikel 15 DSGVO jederzeit berechtigt, gegenüber dem Vertragspartner um umfangreiche Auskunftserteilung zu den zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu ersuchen. Gemäß Artikel 17 DSGVO können Sie jederzeit gegenüber dem Vertragspartner die Berichtigung, Löschung und Sperrung einzelner personenbezogener Daten verlangen. Die Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung erfolgten Verarbeitung wird durch den Widerruf nicht berührt. Der Widerruf ist zu richten an den Datenschutzbeauftragten der Stadt Limbach-Oberfrohna, Herrn Rico Chomek, Rathausplatz 1, 09212 Limbach-Oberfrohna oder per E-Mail an datenschutz@limbachoberfrohna.de.

Ort, Datum	rechtsverbindliche Unterschrift



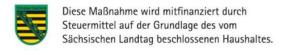


# Ausgaben- und Finanzierungsplan (bitte Nettobeträge angeben, wenn Antragssteller vorsteuerabzugsberechtigt)

Lfd.	Anschaffungsgegenstand	Einzelpreis	Anzahl	Gesamtkosten	Eigenmittel	Drittmittel	Beantragte Förder- mittel (i.d.R. 40 %)
1							,
2							
3							
4							
5							
6							
7							
8							
9							
10							
11							
12							
13							
14							
15							
16							
17							
18							
19							
20							
			Gesamt	0	0	0	0

Ort/Datum Stempel/rechtsverbindliche Unterschriften









Firma	
Stadtverwaltung Limbach-Oberfrohna Stabsstelle E-Government & Wirtschaftsförderung Rathausplatz 1 09212 Limbach-Oberfrohna	
Unterscl	nriftskarte
Für das beantragte Vorhaben ist/sind zeichnungs	berechtigt:
1	zeichnet
2	zeichnet
3	zeichnet
4	zeichnet
5	zeichnet
Wir bitten, die abgegebenen Handzeichnungen b genau beizubehalten.	ei allen Unterschriften der Stadt gegenüber
Es verfügen Nr.	jeder für sich;
Nr.	je gemeinschaftlich.
Ort/Datum	Stempel/rechtsverbindliche Unterschriften



